

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 99 (1973)
Heft: 14

Rubrik: Blick zurück auf Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick zurück auf Bern

Ein Nationalrat hat den Bundesrat angefragt, was er zu tun gedenke, um die «schweigende Mehrheit zu reaktivieren». Es war nicht schwer, Beweise für die passive Haltung der Stimmbürgerinnen und -bürger zu finden. Am deutlichsten zeigt sich Gleichgültigkeit bei den Abstimmungen selbst: Drei Viertel kümmern sich nicht um den Urnengang.

Mit geradezu rührendem Eifer ging Bundesrat Furgler auf das Thema ein und breitete vor dem Parlament die Möglichkeiten aus, die «schweigende Mehrheit» zum Mitmachen zu bewegen. Unter anderem setzt er seine Hoffnung auf die seit Jahren sich ankündende Totalrevision der Bundesverfassung.

Illusion der «direkten Demokratie»

Ob sich diese Hoffnung je erfüllen wird? An Versuchen, die «schweigende Mehrheit» wachzurütteln, hat es in den vergangenen Jahren wahrhaftig nicht gefehlt. Radio und Fernsehen haben – das sieht man schon in Stellenausschreibungen – eine ganze Schar von Publizisten in Dienst genommen, um dem Volk das Politisieren beizubringen. Die Publizitätsfreudigkeit ist auch ins Bundeshaus selbst gedrungen. Das Modewort «Information» wird dort ganz groß geschrieben: Es gibt neue Pressechefs und Koordinationsstellen, und die Studios im Dachstock stehen selten leer. Mitglieder des Parlamentes und prominente Journalisten werden vor Kamera und Mikrofon gezerrt; wer immer meint, etwas sagen zu müssen, hat bald einmal Gelegenheit, monologisierender- oder diskutierenderweise sein Problem vorzutragen, und die Technik der Massenmedien bringt es mit sich, daß diese Anwälte der Öffentlichkeit nicht an die Wände reden, sondern an ihre Mitmenschen. Denn auch unsere schweizerische Menschheit hat sich daran gewöhnt, ihre flimmernden und geschwätzigen Informations- und Unterhaltungsapparate täglich eine lange Weile offenzuhalten, so daß auch aufgewärmter Kohl und leeres Geplapper auf irgendeine Weise «ankommt». Es beschäftigen sich sogar Meinungsforscher damit, auf

Promille genau auszurechnen, wie viele Stunden, Minuten und Sekunden im Tag durchschnittlich zum Beispiel Kinder unter drei Jahren die Tagesschau nachvollziehen, wie viele Türken sich von Dialektsendungen angesprochen fühlen, und wie viele Männer Kochrezepte nachschreiben. Solcher Unfug nennt sich heutzutage sogar «Wissenschaft».

Nein, an «Information» fehlt es nicht, wohl aber am Maß und an der Wertung. Das «Volk» läßt die Politik über sich ergehen wie die Verkitschung der Forsythe-Saga, Reklame-Spots, Fußballspiele und alles andere. Und wenn es alle paar Sonntage einmal zur Urne gerufen wird, dann hat es keine Lust, sich um einen Verfassungsartikel zu bemühen, den Regierung und Parlament miteinander ausknobeln könnten – wie in andern Ländern auch. Aber man hütet hierzulande eben getreulich die Illusion der «direkten Demokratie».

Diktatur ohne Diktatoren?

Dabei ist – aller «Information» zum Trotz – die Demokratie weniger direkt als je. Regierung und Verwaltung haben sich – zwangsläufig zur «Diktatur ohne Diktatoren» entwickelt. Kaspar Subinger hätte sich nie erlaubt, so harte Worte zu finden. Der Ausdruck stammt von einem Aargauer Nationalrat namens Jules Binder. Er hat wahrscheinlich das aktuellste Referat in der Frühjahrsession gehalten. Weniger wegen seines Vorschlages, es sei zu prüfen, ob das gegenwärtige System des Amateur-Parlamentes durch eines von Berufspolitikern zu ersetzen sei, als wegen seiner Beurteilung des Parlamentes überhaupt. Gegenwärtig leide es unter Zeitnot, Sachkundent und Bewertungsnot. Expertenkommissionen, Wirtschaftsgruppen und Verbände hätten das Heft in den Händen. Vom ursprünglichen Kontrollrecht, wie es die Verfassung vorgesehen habe, sei keine Rede mehr. «Wir rennen und jagen von einer Sitzung zur andern, oder wir schwänzen diese und jene Sitzung, gehen früher weg, weil wir gleichzeitig an verschiedenen Orten sein müssen, weil wir zwei Berufungen haben, einen zivilen und einen politischen, aber keinen ernst und voll nehmen können. Jeder von uns leidet unter dieser zwiespältigen Stellung.»

Bis dahin gibt jeder dem klarsichtigen Nationalrat Binder recht. Aber ob sich der Zustand ändern würde mit einem Berufsparlament? Es kommt nämlich auch hier mehr auf die Qualität der Abgeordneten

an als auf die Erneuerung der Struktur, wie die Organisationsgläubigen wähnen. Ließe man sie reformieren, dann ließe sich das Parlament wohl am besten durch einen Computer ersetzen.

Tatsächlich läßt sich das Parlament zurzeit vom Bundesrat gängeln. Ein Musterbeispiel bot die Frühjahrsession. Man hatte Zeit genug, so viel, daß tagelang über sogenannte «persönliche Vorstöße» geplaudert werden konnte, über Anliegen, die wohl einzelnen Interessengruppen, aber nicht dem ganzen Land am Herzen liegen. Zwei Dutzend solcher Motionen, Postulate und Interpellationen, auch «Mostulate» genannt, ließ man zusammenlaufen, weil sie alle Auskunft haben wollten über Teuerung und Währung und Wohnungsbau und Mietzins. Bundesrat Celio hatte pflichtgemäß jedem einzelnen Fragesteller und Reklamanten Red' und Antwort zu stehen. Er tat es in einem Zuge und wikkelte in seine Rede auch noch allgemeine Direktiven, aber erst gegen Mitternacht. Und Nachtsitzungen gelten in der Bundesversammlung, die wohl als einziges Parlament morgens stets pünktlich um acht Uhr beginnt, als seltene Ausnahme. Celios Mitternachtsrede wurde vermutlich absichtlich vor müden Zuhörern gehalten. Ihr heißes Verlangen nach einem sehr anstrengenden Sitzungstag stand nicht nach der Diskussion, sondern nach dem Bett. Der schlaue Finanzchef wollte auch gar keine Diskussion und plazierte seine Programmrede absichtlich auf eine ungewohnte, ja unmögliche Zeit. Und das Parlament hat sich ohne weiteres damit abgefunden. Einige Abgeordnete erkühnten sich lediglich zur Erklärung, sie seien mit der bundesrätlichen Antwort ganz und gar nicht zufrieden. Kein Wunder, daß hinterher manche Beobachter von einem «schwachen Partner» reden: Das Parlament läßt sich auf den von der Verwaltung gewählten Weg leiten, und einzelne seiner Mitglieder gefallen sich höchstens in der Rolle des gelegentlichen Sperrers und Meckers. Die meisten aber nicken schließlich – entweder lächelnd oder unwirsch.

Tummelfeld für Demagogen

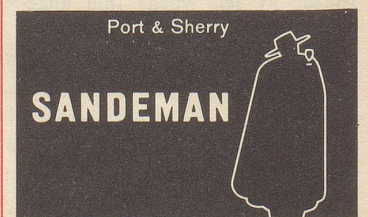
Und die Rolle des Volkes, des «Souveräns»? Gegenwärtig bereiten sich die, welche sich «aktiv» um politische Dinge kümmern, auf die Abstimmung über den Jesuiten- und Klosterartikel vor. Darf man es laut sagen? Es ist eine unerquickliche und überflüssige Abstimmung, und trotz eifriger Information wissen nur wenige Män-

ner und Frauen, weswegen man sie zur Urne bittet. Die Schweiz ist das letzte Land, das dem Orden der Gesellschaft Jesu Staatsgefährlichkeit zutraut und seine Wirksamkeit – dem Gesetze nach – verbietet. In der Praxis haben die Jesuiten auch bei uns schon lange nicht mehr zu leiden, weil sie nicht mehr im Sinne haben, unser Staatswesen zu manipulieren. In andern Ländern, in denen früher die Jesuiten ebenfalls gefürchtet und zeitweise verboten waren, haben Regierungen und Parlamente den Stein des Anstoßes längst selbst aus dem Weg geräumt. Auch in der Schweiz hätten wir, wenn dieser Weg gangbar wäre, sicher kein Jesuiten- und Klostergründungsverbot mehr. Aber im «Sonderfall» unserer direkten Demokratie muß das ganze Volk entscheiden, und für einige Demagogen bietet sich ein herrliches Tummelfeld dafür, historische Halbwahrheiten aus der Schublade zu ziehen, alte Ressentiments, die seit Großvaters Zeiten glücklich eingeschlummert waren, aufzuwecken und die ökumenischen Anstrengungen der Kirchen zu vermöbeln.

Glücklicherweise hat auch hier der Bundesrat geführt. Den Anstoß, das überzeitige Jesuitenverbot endlich aufzuheben, gab zwar ursprünglich der katholische Ludwig von Moos – noch bevor er 1959 in den Bundesrat gewählt wurde. Aber seither haben lauter Protestanten in der Landesregierung sich mit diesem merkwürdigen Ueberbleibsel aus uralten Zeiten befaßt, nach Markus Feldmann und F. T. Wahlen seit Jahren Hanspeter Tschudi. Die Angelegenheit wurde in die Länge gezogen, weil Professor Werner Kägi, der auftragsgemäß eine orientierende Schrift hätte verfassen sollen, inzwischen ein wissenschaftliches Werk ausgearbeitet hat. Um dem komischen Streit, der von sogenannten aktiven Protestanten rund um vorgestrigte Probleme unnötigerweise aufgezwungen worden ist, doch noch eine gute Seite abzugewinnen: Kägi hat uns ein Standardwerk über die Geschichte des Jesuitenordens in aller Welt und in der Schweiz beschert, wie es bisher nicht existierte. Eine schöne Nebenfrucht dieser anachronistischen politischen Ausmarchung! Kaspar Subinger



Import: A. Schlatter & Co., 2022 Bevaix NE



IMPORT: Berger & Co., 3550 Langnau